

Postulat Meier Anja und Mit. über die Verbesserung des Informationsaustauschs bei häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt

eröffnet am 23. März 2026

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Informationsaustausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und Fachstellen im Bereich der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt im Kanton Luzern zu analysieren, bestehende Hürden zu identifizieren und aufzuzeigen, mit welchen konkreten Massnahmen die Koordination, der Informationsfluss sowie die Nutzung von Erkenntnissen zur Prävention und Intervention verbessert werden können.

Begründung:

Die wirksame Bekämpfung häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt setzt eine enge Zusammenarbeit der zuständigen Behörden und Fachstellen voraus. Häufig sind die Polizei, die Staatsanwaltschaft, die Gerichte, das kantonale Bedrohungsmanagement, die KESB, die Sozialdienste, das Gesundheitswesen und spezialisierte Fachstellen gleichzeitig oder nacheinander involviert. Ein funktionierender und zeitnaher Informationsaustausch ist zentral, um Gefährdungslagen frühzeitig zu erkennen, Betroffene wirksam zu schützen und Wiederholungen zu verhindern.

In der Praxis bestehen jedoch im Spannungsfeld von Datenschutz, Zuständigkeiten und institutionellen Abläufen weiterhin Hürden. Rechtliche, organisatorische und technische Barrieren im Datenaustausch können dazu führen, dass relevante Informationen nicht rechtzeitig oder nicht vollständig verfügbar sind. Dies erschwert eine kohärente Risikoeinschätzung und eine abgestimmte Intervention.

Zudem können ungenügend koordinierte Prozesse zu Zielkonflikten führen. So kann es etwa vorkommen, dass zum Schutz einer betroffenen Person Kontaktbeschränkungen angeordnet werden, während in parallelen Verfahren Kontaktrechte bestehen bleiben oder neu festgelegt werden. Solche Konstellationen zeigen, wie wichtig eine bessere Abstimmung zwischen den beteiligten Stellen unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Vorgaben ist.

Schliesslich stellt sich auch die Frage, inwiefern im Kanton Luzern systematische, interdisziplinäre Fallanalysen nach schweren Gewaltfällen durchgeführt werden und ob deren Erkenntnisse konsequent in die Praxis der beteiligten Stellen zurückfliessen. Solche Lernprozesse sind zentral, um strukturelle Schwachstellen zu erkennen und die Zusammenarbeit sowie den Informationsaustausch gezielt weiterzuentwickeln.

Vor diesem Hintergrund soll der Regierungsrat aufzeigen, wie die bestehenden Informationsflüsse ausgestaltet sind, wo konkrete Hürden bestehen und mit welchen Massnahmen eine

verbesserte Koordination, ein wirksamerer Informationsaustausch sowie eine frühzeitige Intervention sichergestellt werden können.

Meier Anja

Engler Pia, Elmiger Elin, Rey Caroline, Renggli André, Frey-Ruckli Melissa, Stadelmann Karin Andrea, Albrecht Michèle, Brunner Rosmarie, Fleischlin Priska, Bühler Milena, Schuler Josef, Brunner Simone, Sager Urban, Galbraith Sofia, Pilotto Maria, Bühler-Häfliger Sarah, Spring Laura, Studhalter Irina, Bärtsch Korintha, Forster Eva, Zbinden Samuel, Koch Hannes, Bolliger Roman, Heselhaus Sabine, Lichtsteiner Eva, Horat Marc, Muff Sara, Budmiger Marcel, Roth Simon, Berset Ursula, Bucher Mario, Kunz-Schwegler Isabelle, Zanolli Lisa, Lang Barbara, Cozzio Mario